

Zur Rechtsprechung des Reichsgerichts über die intellektuelle Urkundenfälschung.

Von Landgerichtsrat Dr. Silberschmidt in Aschaffenburg.

Es ist in den letzten Monaten viel von der Pflicht des Reichsgerichts, die Einheit der Rechtsprechung zu wahren, die Rede gewesen ¹⁾, und die nächste Sorge ging allerdings dahin, zu verhüten, daß ganz dieselbe Frage bald im einen, bald im andern Sinne vom höchsten deutschen Gerichtshofe entschieden werde²⁾, weil etwa der eine Senat nichts von der Entscheidung eines andern in der betreffenden Frage wüßte. Aber eng zusammenhängend mit diesem Übelstand und insbesondere von den Angehörigen des Reichsgerichts selbst mit der denselben begründenden Geschäftsüberhäufung in Zusammenhang gebracht³⁾, ist der andre, daß gegenteilige Entscheidungen des Reichsgerichts auch in Fällen bestehen bleiben können, wo durch das, allerdings schwerfällige und für das Reichsgericht zeitraubende Mittel des Plenarbeschlusses Abhilfe möglich wäre. Und zwischen diesen beiden Fällen ungleichartig empfundener Rechtsprechung steht nun ein dritter. Hier ist auch der Thatbestand

¹⁾ Vgl. außer den Reichstagsverhandlungen, Deutsche Juristenzeitung 1897 S. 413 ff., Jahrbücher f. d. Dogmatik d. bürgerlichen Rechts 1898 S. 265 ff.

²⁾ Die Einheit der reichsgerichtlichen Rechtsprechung. Jurist. Wochenschrift 1897 S. 397, dagegen unter dem gleichen Titel Raskow in Gruchots Beiträgen Bd. 41 S. 752 ff., wo in Abweisung unberechtigter Angriffe gesagt ist: Das Reichsgericht wird es gewiß dankbar anerkennen, wenn in Zeitschriften auf Widersprüche in seinen Urteilen hingewiesen wird.

³⁾ Stenglein und Hamm in der Deutschen Juristenzeitung a. D. S. 413 und 457, Alles das zunächst für das Zivilrecht vorgebracht.

der in Frage kommenden Einzelfälle völlig gleich, das Reichsgericht gelangt aber zu verschiedenartigen Ergebnissen, weil es die zu berücksichtigenden Normen des Partikularrechts bald im einen, bald im andern Sinne auslegt. Sind dabei die letztern wirklich selbst verschiedenartig, so mag das höchst bedauerlich sein und die einheitliche Rechtsprechung hindern, das Reichsgericht aber würde völlig außer stande sein, daran etwas zu ändern. Würde sich aber ergeben, daß thatsächlich nur eine verschiedenartige Interpretation gleicher Normen vorliege, so würde der auf Abhilfe gerichtete Wunsch wohl um so berechtigter erscheinen, je höher man die Rechtsprechung des obersten deutschen Gerichtshofes und die durch denselben dargestellte Einheit der Rechtsprechung anschlägt.

Der im Vorstehenden theoretisch gestellte Fall wird klarer werden, wenn wir ihn sofort in das Gewand des praktischen Beispiels kleiden.

Ein flüchtiger Verbrecher hat Grund, seinen wahren Namen nicht auskommen zu lassen und bedient sich eines falschen. In München und Berlin wegen neuer strafbarer Handlungen in Untersuchung und Strafe genommen, gibt er jedesmal, sowohl den vernehmenden Richtern als den Gefängniswärtern den von ihm geführten falschen Namen an. Dieser an sich völlig gleiche Thatbestand führt nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu verschiedenen Ergebnissen, je nachdem Preußen oder Bayern in Frage kommt, und das Gericht, welches etwa beide Fälle infolge von Übernahme abzuurteilen hätte, würde, wenn es der Rechtsprechung des Reichsgerichts folgen würde, in die Lage kommen, in einem Falle freizusprechen und im andern Falle zu verurteilen.

Ist hier wirklich ein, für das Rechtsbewußtsein schon a priori schwer verständlicher, Gegensatz vorhanden? Der Zweck der folgenden Zeilen ist es, die Verneinung dieser Frage zu begründen.

Da die Instruktionen der Gefängniswärter und die Vorschriften über die Einrichtung der Gefängnisse landesgesetzlichen Ursprungs sind, so ist natürlich dagegen nichts zu erinnern, wenn ein

Urteil des Reichsgerichts, III. Straßenats vom 17. September 1891 (Juristische Wochenschrift 1891 S. 502²⁴)

erklärt, daß zunächst nach Landesrecht zu untersuchen ist, welche Befugnis den Gefängniswärtern zusteht, ob dieselben insbesondere lediglich die Abgabe der Erklärungen des Gefangenen, über seinen Namen, Stand usw., zu beurkunden oder darüber hinaus im Ver-

trauen auf die ihnen gemachten Angaben festzustellen haben, daß der Gefangene wirklich den angegebenen Namen usw. trägt und ob daher ihre Beurkundung als Legitimation des angeblichen Namens-trägers zu erachten ist.

Strafbar ist dann nach § 271 R.St.G.B., wer vorsätzlich bewirkt, daß Erklärungen, Verhandlungen oder Thatfachen, welche für Rechte oder Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit sind, in öffentlichen Urkunden, Büchern oder Registern als abgegeben oder geschehen beurkundet werden, während sie überhaupt nicht oder in andrer Weise oder von einer Person in einer ihr nicht zustehenden Eigenschaft oder von einer andern Person abgegeben oder geschehen sind.

Das Gesetz trifft aber nicht alle in irgend einer Richtung möglicherweise erheblichen Erklärungen, sondern nur solche, deren objektive Richtigkeit durch die betreffenden Urkunden nach Maßgabe des ihnen gerade insoweit eingeräumten Beweiswertes öffentlich beglaubigt wird.

Entsch. des Reichsgerichts, I. Straffenats, Entsch. Bd. X S. 244, Rechtsprechung Bd. VI S. 198.

Dieser Charakter kann, nach derselben Entscheidung, den Urkunden dadurch innewohnen, daß der Beamte auf Grund eigener Wahrnehmung und Ermittlung (§ 383 Z.P.D.) den Sachverhalt feststellt, oder ausnahmsweise, wenn positiv-rechtlich Erklärungen von Privatpersonen durch die Aufnahme in ordnungsgemäß geführte öffentliche Register Beweiskraft für die Thatfachen, zu deren Feststellung das Register bestimmt ist, eingeräumt wird. Dagegen beurkundet die Behörde, von diesen Fällen abgesehen, nur den sich vor ihr abspielenden Vorgang, die Thatfache, daß die Erklärung so, wie niedergeschrieben, abgegeben wurde.

Deshalb ist auch in unserm Beispiele die Aufnahme des falschen Namens in die gerichtlichen Vernehmungsprotokolle weder in Preußen noch in Bayern eine unter § 271 R.St.G.B. fallende Handlung, wie schon früher das preußische Obertribunal (Oppenhoff Bd. XVIII S. 491) und nach kurzem Übergang zur entgegengesetzten Ansicht (II. Straffenat Rechtspr. Bd. II S. 747 und III S. 58) das Reichsgericht in konstanter Rechtsprechung erkannt hat.

Rechtsprechung Bd. VI S. 198, Entsch. Bd. XI, in mehreren Entscheidungen. Vgl. Bl. f. R.A. Bd. 50 S. 336 (Oberlandesgericht München).

Verbleiben also lediglich die Erklärungen gegenüber den Gefängniswärtern, so soll unter Zugrundelegung der vorausgeschickten allgemeinen Gesichtspunkte nunmehr geprüft werden, ob und inwieweit nach den bayerischen oder nach den preussischen Vorschriften die Anwendung des § 271 R. St. G. B. bei Untersuchungs- oder bei Strafgefangenen möglich ist.

Prüfen wir zunächst die Vorschriften für die Untersuchungsgefangenen in Bayern!

Nach der Dienst- und Hausordnung für die bayerischen Gerichtsgefängnisse vom 10. April 1883 (J. M. Bl. S. 77 ff.) ist der Gefängniswärter gemäß § 12 Z. 11 zur Führung der vorgeschriebenen Bücher verpflichtet, und gemäß § 100 Ziffer 1 ist das Verzeichnis der Untersuchungsgefangenen nach einem beigelegten Formular zu führen. Dieses Verzeichnis A enthält

1. Die durch das Jahr fortlaufende Nummer.
2. Name des Gefangenen.
3. Stand (Gewerbe).
4. Wohnort oder Heimat.
5. Alter.
6. Religion.
7. Bezeichnung des Einliefernden.
8. Zeit des Eintritts.
9. Die Behörde und
10. das Datum des Annahmefehls.
11. Die strafbare Handlung, deren der Gefangene verdächtig ist.
12. Die Nummer des Haftraums

und weitere auf die Beendigung der Untersuchungshaft usw. bezügliche, hier nicht interessierende Rubriken.

Gemäß § 101 sind die Spalten 1—12 sofort nach dem Eintritte des Gefangenen auszufüllen.

„Die Einträge in den Spalten 2—6 und 9—11 erfolgen auf Grund des Annahmefehls. Soweit die erforderlichen Angaben über die persönlichen Verhältnisse aus diesem nicht zu entnehmen sind, hat der Gefängniswärter sie sich durch Befragung des Gefangenen zu verschaffen.“

Man wird nach Vorstehendem zunächst die erste Frage, welche hinsichtlich der Gefangenenverzeichnisse der verschiedenen Bundesstaaten verschieden beantwortet wird (vgl. Olshausen Z. 2 a—c zu § 271) dahin entscheiden können, daß dieses bayerische Verzeichnis

der Untersuchungsgefangenen ein öffentliches Register ist. Denn darüber kann ja kein Zweifel bestehen, daß dieses Register auf Grund der Einträge des zuständigen Gefängniswärters für und gegen jedermann zu öffentlichem Glauben, ohne daß es eines weiteren Beweises bedürfe, feststellt, daß die Untersuchungshaft von und bis zu einem gewissen Zeitpunkte an einer Person vollzogen wurde.

Aber, um diesen Punkt hier sofort definitiv zu erledigen, was hier für das bayerische Verzeichnis der Untersuchungsgefangenen gesagt ist, das muß in gleicher Weise für die Verzeichnisse der Untersuchungs- und der Strafgefangenen aller Bundesstaaten gelten. Denn, sie mögen sonstigen Inhalt haben, welchen sie wollen, der Zweck und der Begriff des Gefangenenverzeichnisses bringt es mit sich, daß dasselbe gerade festzustellen hat, wie lange die Freiheitsentziehung gedauert hat, ohne daß es nötig wäre, erst Erhebungen bei den Gefängnisbeamten anzustellen.

Wenn für Württemberg ausgesprochen wurde,

Reichsgericht in Rechtspr. Bd. IX S. 434

daß die Einträge in die Gefangenenliste keine öffentlichen Urkunden mit authentischer Beweiskraft, insbesondere hinsichtlich der Identität der in der Liste bezeichneten Gefangenen, darstellen, so ist der Nachdruck auf das „insbesondere“ zu legen und in dieser Richtung ist die Entscheidung zweifellos richtig.

Denn es ist nunmehr weiter zu prüfen, wieweit denn die Beweiskraft der Urkunde beziehungsweise des Registers sich erstreckt, da ja nur so weit, wie wir gesehen haben, die Strafandrohung des § 271 R.St.G.B. geht.

Entsch. des Reichsgerichts Bd. XVI S. 87.

Das Reichsgericht hat nun in konstanter Rechtsprechung die Ansicht vertreten, daß dieses bayerische Verzeichnis der Untersuchungsgefangenen nicht zu öffentlichem Glauben beurkundet, daß die eingetragenen Personen wirklich den eingetragenen Namen auch führen, und diese Ansicht dürfte vollkommen zu billigen sein.

Um die Thatfache der Vollstreckung einer Haft nachweisen zu können, bedarf es selbstverständlich auch der Bezeichnung einer Person, an welcher sie vollstreckt wurde, und dazu dient die Angabe des Namens. Es ist das aber weder das einzige noch das notwendige Mittel der Identifizierung, man denke an legitimationslose Taubstumme, die eben als Unbekannte mit näherer Beschreibung

eingetragen werden müssen. Notwendig ist nur, daß der Eintrag die Identität der eingelieferten mit der wirklich einzuliefernden Person darthut, weil, wenn das nicht der Fall ist, der Vollzug der Haft gegenüber dem X beurkundet wird, während Y sie erlitten hat. Wird daher, um bei der Untersuchungshaft zu bleiben, X fälschlich für Y verhaftet und gibt dann auch den Namen des Y dem Gefängniswärter an, um etwa dem X Zeit zur Flucht zu geben, so liegt eine „intellektuelle“ Urkundenfälschung vor.

Dagegen ist der bayerische Gefängniswärter — und auch das gilt gleichmäßig für alle deutsche Bundesstaaten — schon durch seine ganze Vorbildung nicht geeignet, zu beurkunden, daß eine Person einen bestimmten Namen zu führen habe. Er wird, auch bei richtiger Beantwortung der Thatfachen durch den Gefangenen, meist gar nicht in der Lage sein, den richtigen Namen festzustellen, wenn es sich z. B. um uneheliche, anerkannte, legitimierte, im Ehebruch erzeugte Kinder, Brautkinder usw. handelt, zumal, wenn noch die Kenntnis von Partikular- oder ausländischem Recht erfordert wird.

Dazu kommt, daß, wie das Reichsgericht völlig zutreffend feststellt, der Gefängniswärter nach den angeführten Vorschriften die Einträge in Spalte 2—6, darunter den Namen, auf Grund des Annahmefehls oder der sonst vorgelegten Urkunde, eventuell auf Grund der Angaben des Gefangenen einzutragen hat. „Bezüglich des Namens, der sich im Annahmefehl oder der Ladung immer befinden wird, beruht daher das Verzeichnis der Strafgefangenen wohl regelmäßig auf den Einträgen in jenen Urkunden und hat deshalb schon als *referens sine relato* und in Ermangelung jeden Anlasses zu einer selbstthätigen Prüfung oder Beurkundung seitens des das Verzeichnis führenden Beamten in diesem Punkte keine selbständige Beweiskraft.“

Reichsgericht in Bl. f. R. A. 8. Erg.-Bd. S. 61 —

I. Senat.

In gleicher Weise wie diese Entscheidung vom 28. Mai 1888 spricht diejenige des gleichen Senats vom 3. Mai 1888 aus, daß die bayerischen Gefangenenverzeichnisse keine Beweiskraft dafür haben, ob die eingetragenen Personen auch die eingetragenen Namen führen, daß aber die Verletzung der Wahrheit nicht weiter strafbar ist, als die Beweiskraft der Urkunde reicht.

Entscheid. Bd. XVII S. 402.

Und schon früher hatte der I. Senat in einem Urteile vom 4. Februar 1886

Entsch. Bd. XIII S. 334

ausgesprochen, daß durch den Eintrag des Namens in das Verzeichnis der Untersuchungsgefangenen nach bayerischer Vorschrift die Richtigkeit der betreffenden Thatsache oder Erklärung nicht als unter öffentlichen Glauben gestellt erscheint, sondern daß die bayerischen Vorschriften in dieser Hinsicht nur den innern Dienst der Gefängnisse betreffen. Denn der Gefängniswärter habe, wenn, wie hier, ein schriftlicher Annahmefehl der Staatsanwaltschaft (oder des Richters) vorliege, gemäß § 100 Ziff. 1 der Dienst- und Hausordnung lediglich aus diesen den Namen abzuschreiben, im übrigen den Gefangenen zu befragen, und sei sonach ausschließlich auf den Inhalt einer andern Urkunde oder auf die Antworten des Gefangenen angewiesen, ohne daß er sich über die Richtigkeit der Auskunft selbst zu äußern habe. „Es kann daher weder die Absicht der maßgebenden Verwaltungsstelle gewesen sein, anzuordnen, noch hat sie eine solche Vorschrift dahin erlassen, daß den fraglichen Beurkundungen der Gefängniswärter, obwohl dieselben gar nicht in der Lage waren, über die Richtigkeit der betreffenden Thatsachen oder Erklärungen nach etwaiger Prüfung zu befinden, öffentlicher Glaube beigemessen, und daß der von diesen Beurkundungen umfaßte Inhalt als vollbewiesen allgemein erachtet werde.“

Das Oberlandesgericht München spricht in den Entscheidungen Bd. VII S. 226 ebenfalls den Gefangenenverzeichnissen hinsichtlich des Namens und Alters der Gefangenen die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde ab.

Daß hinsichtlich der württembergischen Gefangenenverzeichnisse das Reichsgericht auf dem gleichen Standpunkte steht, haben wir bereits gesehen.

Und endlich wurde den Gefangenenbüchern des Polizeigefängnisses zu Breslau durch eine Entscheidung des Reichsgerichts IV. Senats vom 1. Mai 1896

Entscheid. Bd. XXVIII S. 339

— dies die jüngste bekanntgewordene Entscheidung in der Frage überhaupt — der öffentliche Glaube in der bezeichneten Richtung auch um deswillen versagt, weil der Gefängnisinspektor nicht verbunden ist, die Angaben der eingelieferten Personen über ihre per-

fönlischen Verhältnisse, insbesondere über ihren Namen, nach ihrer Richtigkeit zu prüfen, und daß daher die Eintragung des Namens äußerstenfalls auch nur beweisend sein kann für die Thatsache, daß die eingelieferte Person den Namen als den ihrigen angegeben habe.

„Positivrechtlich ist dem Journal eine Beweiskraft dafür, daß der Eingelieferte die Person, die er zu sein behauptet, wirklich sei, nicht beigelegt und daher § 271 R.St.G.B. nicht zutreffend.“

Für die Gerichtsgefängnisse und die Strafanstalten Preußens behauptet das Reichsgericht das Gegenteil.

Man sollte nun glauben, daß in Preußen wesentlich andre Vorschriften beständen, wie in Bayern. Thatsächlich aber zeigt die Vergleichung, daß das Reglement vom 16. März 1881 (J.M.Bl. S. 80) dieselben Bestimmungen enthält wie die bayerische Haus- und Gerichtsordnung, der es als Muster vorgelegen hat. Das vom Gefängnisinspektor zu führende Gefangenenbuch I für Untersuchungsgefangene (vgl. §§ 12, 30, 106 a des Reglements und das Formular) enthält die für das bayerische Buch vorgeschriebenen, vom Gefängnisinspektor auszufüllenden Rubriken und hierzu die Vorschrift: „Soweit die zur Ausfüllung der Spalten 3—6 erforderlichen Daten nicht im Annahmefehle stehen, sind dieselben durch Befragung des Gefangenen zu ermitteln.“

In einer Entscheidung vom 24. Juni 1885 des IV. Straffenats
Rechtsprechung Bd. VII S. 429

wird ausgeführt, daß das Gefangenenbuch I schon mit Rücksicht auf die §§ 115, 126, 132, 482, 490 R.St.P.D. und § 60 St.G.B. ein öffentliches Register sei, dann aber noch einschränkend bemerkt, ob und inwieweit der gesamte Inhalt dieser Eintragungen rechtserheblicher Natur . . . und die Bestimmung der Beurkundung hat, kann dahingestellt bleiben.

Und ähnlich wurde in einem Urteile des I. Straffenats vom 24. September 1891, das sich mit dem dem preußischen wörtlich gleichen großherzogl. hessischen Reglement beschäftigt, die Natur des öffentlichen Registers „insbesondere für die Zeit des Ein- und Austritts“ angenommen, so daß man in ähnlicher Weise, wie bei dem auf Württemberg bezüglichen Urteil, die Feststellung der Urkundenqualität in Bezug auf den Namen nicht getroffen hat.

In andern Urteilen wurde aber dann ausdrücklich dieser Schritt gethan.

Ein Urteil des II. Senats vom 17. Oktober 1893

Juristische Wochenschrift 1893 S. 527³⁸

bemerkt in dieser Beziehung:

Der erste Richter erachtet das Gefangenenebuch I für ein öffentliches Register. Er nimmt aber an, daß der Gefängnisbeamte, der den Namen des Gefangenen in das Gefangenenebuch eintrage, mit dem Namensvermerk nichts andres sagen könne und wolle, als daß eine Person, welche sich diesen Namen beigelegt habe oder ihn nach Angabe einer andern Behörde führe, in das Untersuchungsgefängnis aufgenommen worden sei. Der gegenwärtig erkennende Senat hat in Übereinstimmung mit dem Urteile des I. Senats vom 10. Juli 1893, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Bestimmung unter B der dem Reglement beigelegten Anweisung zur Führung des Gefangenenebuchs I: „Soweit die zur Ausfüllung der Spalten 3–6 (Stand, Wohnort, Lebensalter, Religion) erforderlichen Daten nicht in dem Annahmefehl stehen, sind dieselben durch die Befragung des Gefangenen zu ermitteln“ angenommen, daß das Gefangenenebuch I nicht dazu bestimmt ist, bloße Angaben des Gefangenen zu beurkunden, sondern für die zur Eintragung gelangenden Thatfachen Beweis zu liefern.

Dieser Argumentation gegenüber hat das Reichsgericht in den zum bayerischen Verzeichnisse ergangenen Entscheidungen ausgeführt, daß gerade die Aufforderung, abzuschreiben oder den Gefangenen selbst zu fragen, zeigt, wie wenig der Gefängniswärter Urkundsperson ist, daß es aber im übrigen überhaupt nicht genügt, wenn die Bücher für die eingetragenen Thatfachen Beweis liefern sollen, sondern daß es darauf ankommt, ob sie es zu öffentlichem Glauben thun sollen.

Trotzdem stellt eine weitere Entscheidung

Bd. XXIV S. 308 ff.

in nicht mißzuverstehender Weise fest, daß für Preußen die falsche Angabe der persönlichen Verhältnisse zum Gefangenenebuche I wie II den Thatbestand des § 271 erfüllt.

Aber auch die Gründe dieses Urteils können nicht davon überzeugen, daß das Reichsgericht geirrt hat, als es denselben Fall für Bayern anders entschied.

Es kann, wie gezeigt wurde, nicht davon die Rede sein, daß die einzelstaatlichen Bestimmungen derart verschieden sind, um verschiedenartige Ergebnisse zu rechtfertigen. Die Register für Untersuchungsgefangene und die Anweisung zu deren Ausfüllung sind in Preußen und Bayern so gleich, daß mit denselben Gründen ein verschiedenes Resultat nicht gerechtfertigt werden kann. Ist ja doch die Untersuchungshaft in der deutschen Strafprozeßordnung einheitlich geregelt; in der That sind es dieselben Gründe, die für Bayern nach der einen und für Preußen nach der andern Richtung geltend gemacht werden. Die Anweisung: Soweit die zur Ausfüllung der Spalten 3—6 erforderlichen Daten usw. spielt auch hier die Hauptrolle. Und doch ist danach der Unterschied zwischen der preussischen und bayerischen Bestimmung nur der, gerade zu gunsten der bayerischen Entscheidungen sprechende, daß in Preußen hinsichtlich des Namens (Spalte 2) der Gefangene gar nicht befragt werden soll, sondern nur hinsichtlich der Spalten 3—6, und daß der Name einfach aus dem Annahmefehl entnommen werden soll; die Punkte 3—6 sind in Preußen eventuell durch Befragung des Gefangenen zu „ermitteln“, der bayerische Gefängniswärter soll sich die Punkte 2—6 eventuell auf gleichem Wege „verschaffen“.

Während aber die zur Frage der bayerischen Register angeführten Entscheidungen eingehend prüfen, ob die betreffende Feststellung als zu öffentlichem Glauben erfolgt zu erachten ist, ob nur der betreffende Vorgang gemäß § 380 Z.P.D. beurkundet, oder ob durch das Gesetz der Urkunde eine allgemeine Beweisraft beigelegt ist, spricht das hier in Frage kommende Urteil sich dahin aus, daß diese vom zuständigen Beamten in der vorgeschriebenen Form, daher zum öffentlichen Glauben beurkundete Thatsache rechtserheblich ist.

Wie aus dem zuerst angeführten Erkenntnis in Band X hervorgeht, genügt aber die Beurkundung des zuständigen Beamten in zuständiger Form noch keineswegs, um den Inhalt der Erklärung als zu öffentlichem Glauben festzustellen. Das Urteil geht so weit, die Behauptung aufzustellen: ob die Person, welche die Untersuchungs- oder Strafhaft verbüßt hat, und die, welche sie verbüßen sollte, identisch sind, ist gleichgiltig, entscheidend ist, daß die im Gefangenenbuche verzeichnete Person wirklich in Haft war. Diesem Satze steht die bisher einstimmige Judikatur entgegen, daß § 271 zweifellos verletzt ist, wenn die Identität der verurteilten und sich zum Strafantritt meldenden Person nicht vorliegt, verletzt, nicht

weil der Gefängniswärter konstatiert, daß die sich meldende Person, welche wirklich A heißt, B heiße, sondern verlegt, weil der Gefängniswärter konstatieren mußte, daß B die Strafe erstanden hat, während er sie tatsächlich nicht erstanden hat.

Würde der Gefängniswärter die Person, welche wirklich in Haft zu nehmen war, nur mit falschem Namen aufführen, was ja infolge Irrtums häufig genug vorkommt, so würde auch keine Übereinstimmung zwischen dem Eintrage im Buche und den Thatfachen bestehen, ein Vergehen nach § 271 R. St. G. B. aber sicher nicht vorliegen.

Das Erkenntnis fühlt auch, daß, wie die Reichsgerichtsurteile in Bl. f. R. A. 8. Erg.-Bd. und im XIII., XVII. und XXII. Band der Entscheidungen hervorgehoben haben, der Gefängniswärter keine *causae cognitio* anstellen soll und kann. Es verlegt dieselbe nun schon in die richterliche Vernehmung, die aber gerade bei Untersuchungsgefangenen keineswegs immer vorhergegangen ist und, wie wir gesehen haben, selbst keine Beurkundung über die Generalien des Vernehmenen darstellt, sondern nur konstatiert, was dieser erklärt hat. Im übrigen erklärt das Urteil, daß das Gesetz sich auch manchmal mit wenig begnüge, hier mit der Ermittlung durch Befragung des Gefangenen, richtiger durch Abschrift aus dem Annahmefeschl.

Das für unsre Frage entscheidende Moment ist, daß nicht auf Grund anderer tatsächlicher Verhältnisse für Preußen ein anderes Ergebnis erreicht wird, wie für Bayern, sondern daß dieselbe Bestimmung dort dafür angeführt wird, daß keine Beurkundung vorliege, während sie hier den Hauptgrund für das Vorliegen der Beurkundung bildet. Der Vorschlag, die Frage der Gefangenenbücher für Untersuchungsgefangene gleichheitlich und zwar nach den für Bayern angenommenen Normen zu entscheiden, dürfte hiernach wohl nicht ganz unbegründet erscheinen.

In einem Punkte hat das letztbesprochene Urteil Recht, indem es ausführt:

Entsch. Bd. XXIV S. 310.

Rechtlich besteht kein Unterschied zwischen den Eintragungen für Untersuchungsgefangene und denen für Strafgefangene. Überall wird durch die Eintragung bezeugt, daß die dort näher bezeichnete bestimmte Person während der vermerkten Zeit sich in Untersuchungs- beziehungsweise Strafhaft befunden hat.

In der That sind auch sowohl in Preußen wie in Bayern die Bestimmungen für die Aufnahme der Strafgefangenen dieselben wie für die Aufnahme der Untersuchungsgefangenen, und letztere werden bei rechtskräftiger Verurteilung einfach in das andre Verzeichnis überschrieben.

§ 101 Z. 2 der bayrischen Dienst- und Hausordnung.

Gemäß §§ 24 ebenda dürfen Gefangene nur auf Grund schriftlichen Annahmefehls in Untersuchungs- oder Strafhast aufgenommen werden, und bei letzterer besteht in Abs. 5 nur noch die ausdrückliche Bestimmung, daß der Gefängniswärter sich zu vergewissern hat, ob die sich meldende Person wirklich diejenige ist, welche die Strafe zu erstehen hat.

Ebenso entsprechen sich, wie das Urteil konstatiert, die preußischen Bestimmungen für beide Haftarten.

Wenn daher auch hier das Reichsgericht (Entscheid. Bd. XXII S. 345) für das bayrische Verzeichnis der Strafgefangenen annimmt, daß der Gefängniswärter nicht den Namen des Gefangenen zu beurkunden, sondern nur die Identität der sich meldenden mit der verurteilten Person festzustellen habe, falls sie auch unter falschem Namen verurteilt wurde und sich meldet

Reichsgericht in Bl. f. R.A. 8. Erg.-Bd. S. 60, für das preußische Verzeichnis aber gegenteilig entschieden wird, so weist das Urteil im XXIV. Bande der Entscheidungen in der mitgeteilten Stelle selbst darauf hin, daß auch hier ein Grund für eine verschiedenartige Beurteilung nicht vorliegt und daß daher die falsche Namensangabe sowohl zum gerichtlichen Vernehmungsprotokoll wie zum Verzeichnis der Untersuchungs- oder Strafgefangenen nur eben als falsche Namensangabe zu bestrafen ist, so lange nicht wirklich eine andre Person als die in Haft zu nehmende die Beurkundung der vollzogenen Haft erschleichen will. Für diese Behandlung spricht außer den bis jetzt vorgetragenen objektiven Gründen endlich noch das subjektive Moment. Das Bewußtsein, daß der Gefängniswärter den Namen zu öffentlichem Glauben beurkundet, wird bei dem Missethäter, auch wenn er von der Führung der Register Kenntnis hat, gewiß selten vorhanden und nachzuweisen sein, wenn die Judikatur selbst über die Frage gespalten ist. Der Vorsatz muß aber gerade die Bewirkung der falschen Beurkundung mindestens als *dolus eventualis* umfassen.

Rechtsprechung Bd. VII S. 190, Entscheidungen Bd. XVI S. 87, XVIII S. 309.

Soll nun etwa gar bei gleichzeitiger falscher Angabe in Bayern und Preußen der *dolus* im einen Falle angenommen, im andern verneint werden?

Die Einheitlichkeit des die Grundlage für die Untersuchungshaft und für den Antritt der Strafhaft bildenden Strafprozesses erfordert eine gleichartige Behandlung der vorgetragenen Fälle. Würde dieselbe zu erreichen sein, so würde das gewiß als Vorteil für die einheitliche Rechtsprechung in Deutschland zu betrachten sein.
